

## **EUROPA NEU ERFINDEN – VORSCHLÄGE FÜR EINEN NEUSTART** **17.03.17 in der Hochschule Osnabrück**

Bereits zum 17. Mal folgten zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einladung der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Osnabrück, in Zusammenarbeit mit der Hans Böckler Stiftung und dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Niedersachsen, nach Osnabrück zur Jahrestagung mit dem Thema „Europa neu erfinden“.

Eröffnet wurde die Tagung von **Heiko Schlatermund**, dem Beiratsvorsitzenden der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Osnabrück und Leiter der Geschäftsstelle „ARBEIT UND LEBEN“ in Osnabrück. Er wies darauf hin, dass das Forum bereits seit 1998 besteht und sich die Probleme Europas seither kaum verändert hätten. Immer noch gehe es um Fragen der Ungleichverteilung und die hohe Arbeitslosenquote in vielen Ländern der Europäischen Union (EU). Die Flüchtlingsproblematik hätte die Beziehung zwischen den Staaten der EU weiter belastet.

Um die Frage, ob die Idee der EU gescheitert ist, beantworten zu können, müsse man die Wahlen in Frankreich und Deutschland abwarten. Die Wahlergebnisse würden zeigen, in welche Richtung sich die EU in Zukunft entwickeln wird. Schlatermund plädierte dafür, den Fokus der Politik der EU mehr auf die soziale Gerechtigkeit zu legen und keine „Haushaltspolitik der schwarzen Null“ zu verfolgen.

**Wolfgang Beckermann** von der Stadt Osnabrück und **Prof. Dr. Sabine Eggers**, Vize-Präsidentin der Hochschule Osnabrück verwiesen darauf, dass sowohl die Stadt Osnabrück als auch die Hochschule viel Wert auf den europäischen Gedanken legen.

Den ersten inhaltlichen Vortrag zum Thema „Europa neu erfinden“ hielt **Prof. Dr. Arne Heise**, Direktor des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien an der Universität Hamburg. In der Geschichte der EU hätte es immer Krisen gegeben, die momentane Krise sei aber als ernsthaft einzuschätzen. Zu beobachten sei dies am Umgang der EU-Mitgliedsstaaten mit der Flüchtlingssituation – hier konnte man sich bisher auf keine gemeinsame Lösung einigen. Außerdem sei die Eurokrise immer noch

nicht überwunden und es würden sich in vielen Staaten Tendenzen, die Währungsunion zu verlassen, manifestieren.

Er stellte das European Economic Governance System vor, welches aus unterschiedlichen Koordinierungsprozessen besteht. Dazu gehört auch der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt (ESWP). Dieser stehe jedoch seit seiner Gründung in der Kritik. Heise erklärte, dass der ESWP einen finanzpolitischen Spielraum für die Mitgliedsstaaten der EU vorgibt. In der Eurokrise erwies sich das als problematisch, denn nur die Länder, die noch genügend Spielraum hatten, konnten die Krise fast unbeschadet überstehen. Die Länder jedoch, die schon vorher Defizite aufwiesen, hätten kaum Chancen gehabt, die Krise zu bewältigen. Je restriktiver die Finanzpolitik fortgeführt wurde, desto schlechter habe sich nach der Eurokrise die Wirtschaft entwickelt.



**Prof. Dr. Arne Heise**

Für Heise sieht eine Alternative für die EU so aus, dass der Rückhalt durch die Bevölkerung wiedergewonnen werden muss. Und das gehe nur durch die Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftssystem. Zudem sieht Heise die Wandlung der Europäischen Union zu einer föderalen Politischen Union als unabdingbar an.

**Prof. Dr. Brigitte Mahnkopf** von der Hochschule Wirtschaft und Recht in Berlin stellte zu Beginn ihre zentrale These auf: die EU steckt nicht in einer Flüchtlingskrise, sondern erlebt eine humanitäre Krise.

Sie begann mit einer kurzen historischen Einleitung. Zur Zeit des Kolonialismus wurden die von Europäern in Besitz genommenen Territorien, ungeachtet der dort lebenden Ethnien, willkürlich aufgeteilt. Aus den Nachwirkungen des Kolonialismus ergebe sich in der derzeitigen Flüchtlingssituation eine besondere Verantwortung für Europa. Jedoch finden die größten Flüchtlingsströme nicht zwischen den verschiedenen Ländern statt. Der größte Teil der Flüchtlingsströme entfalle auf die Binnenmigration, so Mahnkopf.

Es gebe jedoch mehrere Faktoren, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu einem weiteren Anstieg von Migration führen werden. Bisher sind beispielsweise Klimaflüchtlinge nicht von der Genfer Flüchtlingskonvention mit eingeschlossen. Jedoch würden Umweltveränderungen Teile der Welt in 20-30 Jahren unbewohnbar machen. Die klimabedingte Migration wird also ansteigen. Auch gebe es immer mehr Staaten auf



der Welt, die man als „failed states“ bezeichnen müsse. Diese seien unter anderem durch von den USA und Europa geführte Stellvertreterkriege in eine Konfliktlage geraten, die Menschen dazu bewegt, zu fliehen.

**Prof. Dr. Birgit Mahnkopf**

Die EU sei sich in der Flüchtlingsfrage nicht einig, die Umverteilung der Flüchtlinge funktioniere nicht. An den Außengrenzen der EU seien zwischen 2000 und 2014 über 22.000 Menschen umgekommen, die die Flucht über das Mittelmeer gewagt haben.

Mahnkopf berichtete außerdem über ein neues Feld der Wirtschaft, die sogenannten „bordertomics“. Mit diesem Begriff umschreibt man die Ausgaben für Schlepper, aber auch bürokratischen Aufwand, Hardware wie Zäune und Drohnen sowie Software für die Überwachung an den Grenzen. Diese „bordertomics“ würden die Flucht noch gefährlicher für die flüchtenden Menschen machen.

Migration ist demnach aus verschiedensten Gründen unvermeidlich. Also müsse man einen Weg finden, um damit umzugehen, so Birgit Mahnkopf. Was kann man also tun? Für Mahnkopf ist es wichtig, eine ausreichend finanzierte Organisation auf UN- sowie auf EU-Ebene auf die Beine zu stellen, die sich um Belange der Flüchtlinge kümmert und mit einem Mandat ausgestattet ist, alle Länder in die Verantwortung zu ziehen. Zudem müsse man legale Einwanderungswege schaffen. Um das Problem der „failed states“ in den Griff zu bekommen, sei es wichtig, finanzielle und personelle Unterstützung beim Aufbau von Staaten zu geben.

Als letzter Redner kam **Frank Bsirske**, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) aus Berlin, zu Wort.

Er begann mit einer beunruhigenden Zahl: 5 von 8 Menschen verbinden mit der Europäischen Union eher Nachteile als Vorteile. Das Versagen der EU in der Wirtschaftskrise habe also das Vertrauen in die Institution massiv geschwächt.

Das gewerkschaftliche Handeln sei durch die neoliberale Wirtschaftsordnung innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten stark eingeschränkt worden. Beispielsweise sei das System von Flächentarifverträgen fast komplett aufgegeben worden.



**Frank Bsirske**

Im Maastrichter Vertrag sei es versäumt worden, neben einer Währungsunion auch eine politische Union zu erschaffen. Diesen Fehler müsse man jetzt ausgleichen. Das könne man aber nicht durch eine Abschottung der einzelnen Mitgliedsstaaten erreichen, sondern nur durch eine stärkere Europäische Union mit einer neu gegründeten Europäischen Wirtschaftsregierung. Diese müsse für eine gemeinsame Fiskalpolitik sorgen.

Außerdem müsse der Fokus der EU wieder stärker auf der sozialen Dimension der Integration liegen. Mehr soziale Gerechtigkeit, zum Beispiel durch die Durchsetzung von Flächentarifverträgen in den Mitgliedsstaaten, würde das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union wieder stärken.

In der anschließenden Diskussion wurden viele der Themen noch einmal vertieft.

Die Idee, dass die Europäische Union sozialer gestaltet werden müsse, wurde nicht nur von allen Redner\_innen geteilt, sondern auch von einem Großteil des Publikums. Es kam jedoch die Frage danach auf, wie genau die Gewerkschaften ihren Beitrag dazu leisten können. Frank Bsirske verwies darauf, dass es für ihn wichtig ist, miteinander ins Gespräch zu kommen, zum Beispiel bei einer solchen Tagung. Dadurch könne man die Menschen wieder mobilisieren.

Auch ein hochaktuelles Thema wurde angesprochen – der Brexit. Prof. Dr. Arne Heise machte deutlich, dass sich selbst die Ökonomen untereinander nicht einig sind, welche Auswirkungen der Brexit auf das britische Wirtschaftssystem hätte. Auch er selbst wollte keine Prognose abgeben, es gebe zu viele Faktoren zu bedenken, als dass man eine sichere Vorhersage treffen könne.

An Prof. Dr. Brigitte Mahnkopf wurde die Frage heran-getragen, was mit der Entwicklungs-hilfe geschieht, die eigentlich den fragilen Staaten, aus denen die meisten Menschen flüchten, zugute kommen soll. Sie erklärte, dass der kleinste Teil der Zahlungen wirklich direkt den Ländern zugute kommt. Der größte Teil fließe in Unternehmen und NGOs. Daher sei es so wichtig, eine Unterstützung zum „state building“ zu geben, denn allein Entwicklungshilfe könne die Ungleichheit zwischen den Staaten nicht reduzieren.

Angesichts der doch recht negativ anmutenden Analyse der Lage der EU wurde nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner gefragt, den die EU-Staaten teilen, wenn sie ihn denn noch teilen. Arne Heise fand es schwierig, noch einen gemeinsamen Nenner ausfindig zu machen bei den aktuellen, sehr europakritischen und nationalistischen Tendenzen in vielen EU-Mitgliedsstaaten.

Die Zukunft der Europäischen Union sahen aber alle in der Ausrichtung zu einer sozialeren Politischen Union, die sich von neoliberalen Grundsätzen abwendet.



**Prof. Dr. Arne Heise, Frank Bsirske, Urban Überschär, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf (v.l.n.r.)**